

SÄA-5 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin

Antragsteller*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit
Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela
Erlar (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV
Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-
Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

1 **NEU**

2 **Abschnitt I: Aufgabe, Mitgliedschaft und Mitarbeit**

3 ...

4 **§ 8 Ordnungsmaßnahmen**

5 ...

6 (2) Ordnungsmaßnahme gegen **Kreisverbände** und innerparteiliche Vereinigungen ist
7 deren
Auflösung.

8 ...

9 **Abschnitt II: Gliederungen und innerparteiliche Vereinigungen**

10 **§ 9 Die Kreisverbände**

11 (1) **Ein Kreisverband** hat mindestens drei Mitglieder. **Sein** Tätigkeitsgebiet
12 umfasst den
13 jeweiligen Bezirk des Landes Berlin. Die **Kreisverbände** können weitere
Untergliederungen
bilden.

14 (2) Die **Kreisverbände** tragen den Namen „Bündnis 90/Die GRÜNEN Berlin“ zuzüglich

15 des Namens
des Bezirks. Weitere Namensteile sind möglich.

16 (3) Die **Kreisverbände** sind in ihrer Tätigkeit grundsätzlich autonom, sofern sie
17 nicht gegen
18 die politischen Grundsätze und Programme von Bündnis 90/Die GRÜNEN verstoßen. Sie
19 können
20 sich für die Regelung ihrer Angelegenheiten eine Satzung sowie eine Wahl- und
Geschäftsordnung geben, sonst gilt die Wahl- und Geschäftsordnung der
Landesmitgliederversammlungen/Landesdelegiertenkonferenzen.

21 (4) Die **Kreisverbände** wählen einen Vorstand. Er vertritt **den Kreisverband** nach
22 außen,
23 koordiniert die Arbeit **des Kreisverbandes** und übernimmt alle anderen **vom**
24 **Kreisverband**
25 übertragenen Aufgaben. Er umfasst mindestens drei Personen. Ein Mitglied des
Vorstandes ist
als Finanzverantwortliche*r zu benennen. Ein Mitglied des Vorstandes wird für die
Beurkundung von Wahlvorschlägen nach den Wahlgesetzen benannt.

26 (5) Die **Kreisverbände** tagen als Mitgliederversammlungen, in der Regel mindestens
27 einmal im
28 Monat. Zu den Versammlungen sind die (Probe-)Mitglieder, die freien
29 Mitarbeiter*innen sowie
Amts- und Mandatsträger*innen aus dem Bezirk einzuladen. Beschlüsse werden mit
der Mehrheit
der anwesenden Mitglieder gefasst.

30 (6) **Der Kreisverband** entscheidet insbesondere über

31 a) die den Bezirk betreffenden politischen Fragen,

32 b) **seine** politischen Aktivitäten im Bezirk,

33 c) Beschlussanträge an die Organe des Landesverbandes und die Gremien des
Bundesverbandes,

34 d) Verlangen nach Einberufung einer Landesmitgliederversammlung,
35 Landesdelegiertenkonferenz,
Bundesdelegiertenkonferenz oder Durchführung einer Urabstimmung,

36 e) den Haushalt **des Kreisverbandes**,

37 f) die Aufstellung von Kandidat*innen für die Wahl zur BVV und die Aufstellung

38 von
39 Direktkandidat*innen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus und zum Deutschen
Bundestag
entsprechend den gesetzlichen Regelungen.

40 (7) Die **Kreisverbände** wählen Delegierte für **die Bundesdelegiertenkonferenz**, die
41 Landesdelegiertenkonferenz, die Wahlversammlung, die FLINTA-Konferenz und den
42 Landesausschuss.

43 ...

44 **§ 10 Landesarbeitsgemeinschaften**

45 (1) ---

46 (2) Landesarbeitsgemeinschaften sind Arbeitsgruppen mit mindestens drei
47 Mitgliedern, die von
48 der Landesmitgliederversammlung, der Landesdelegiertenkonferenz oder vom
Landesausschuss als
Landesarbeitsgemeinschaft anerkannt werden.

49 (3) Landesarbeitsgemeinschaften wählen Sprecher*innen. Sie vertreten die
50 Landesarbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei, koordinieren die Arbeit und
51 übernehmen alle
anderen von derLandesarbeitsgemeinschaft übertragenen Aufgaben.

52 ...

53 (6) Landesarbeitsgemeinschaften sind in ihrer Tätigkeit grundsätzlich autonom,
54 sofern sie
55 nicht gegen Grundsatzbeschlüsse (Grundkonsens, Satzung) des Landes- oder
56 Bundesverbandes
57 verstoßen. Sie beschließen insbesondere über die ihr Politikfeld betreffenden
58 politischen
59 Fragen und Aktivitäten. Sie beraten in ihrem politischen Arbeitsfeld den
60 Landesverband, die
61 Bezirke und die Abgeordnetenhausfraktion und leisten ihren Beitrag zum
62 gemeinsamen
63 Wahlprogramm und beschließen über ihre daraus abgeleiteten
Landesarbeitsgemeinschaftswahlprogramme. DieLandesarbeitsgemeinschaften
beschließen über
Beschlussanträge an die Organe des Landesverbandes und des
Bundesverbandes.Landesarbeitsgemeinschaften können Wahlempfehlungen für
Kandidat*innen zu

Wahlen zum Abgeordnetenhaus, zum Bundestag und zum Kongress der Europäischen Grünen Partei
im Sinne einer Empfehlung (Votum) aussprechen.

64 (7) ---

65 (8) Die Landesarbeitsgemeinschaften wählen Delegierte und Ersatzdelegierte für
66 die jeweilige
67 Bundesarbeitsgemeinschaft, die gemäß dem Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften
vom
Landesvorstand bestätigt werden müssen.

68 (9) Landesarbeitsgemeinschaften beschließen mit einfacher Mehrheit der anwesenden
69 Mitglieder. Die Termine der Versammlungen sind in geeigneter Form zu
veröffentlichen.

70 § 11 Innerparteiliche Vereinigungen

71 ...

72 (5) Innerparteiliche Vereinigungen haben entsprechend den **Kreisverbänden** der
73 Partei
Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie.

74 ...

75 Abschnitt III: Organe

76 ...

77 § 13 Die Landesmitgliederversammlung

78 ...

79 (2) Die Landesmitgliederversammlung wird auf Verlangen

80 a) der Landesdelegiertenkonferenz,

81 b) des Landesausschusses,

82 c) eines Viertels der **Kreisverbände** und innerparteilichen Vereinigungen,

83 d) 10% der Mitglieder oder

84 e) auf Beschluss des Landesvorstandes einberufen.

85 ...

86 (5) Anträge müssen dem Landesvorstand fünf Wochen vor der
87 Landesmitgliederversammlung
88 vorliegen und werden durch ihn den **Kreisverbänden, Landesarbeitsgemeinschaften,**
89 innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.
90 Änderungsanträge müssen
91 zehn Tage vor der LMV vorliegen und werden den **Kreisverbänden,**
92 **Landesarbeitsgemeinschaften,**
innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich zugänglich
gemacht. Über die
Behandlung nicht fristgerecht gestellter Anträge und Änderungsanträge entscheidet
die
Landesmitgliederversammlung.

93 Für den Antrag zur Erstellung des Wahlprogramms und Anträge zur Änderung der
94 Satzung gelten
95 abweichende Fristen. Der Antrag über das Wahlprogramm muss dem Landesvorstand
96 neun Wochen
97 vor der LMV vorliegen und wird durch ihn den **Kreisverbänden,**
98 **Landesarbeitsgemeinschaften,**
99 innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.
100 Änderungsanträge an dem
101 Antrag über das Wahlprogramm müssen dem Landesvorstand vier Wochen vor der LMV
102 vorliegen und
werden durch ihn den **Kreisverbänden, Landesarbeitsgemeinschaften,**
innerparteilichen
Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich zugänglich gemacht. Anträge zur
Änderung der
Satzung müssen dem Landesvorstand zehn Wochen vor der LMV vorliegen, den
Gliederungen durch
ihn acht Wochen vor der LMV zugänglich gemacht und auf mindestens einem
Landesausschuss
besprochen werden.

103 (6) Antragsberechtigt sind **Kreisverbände,** Landesarbeitsgemeinschaften, der
104 Landesvorstand,
105 der Landesausschuss, die FLINTA-Vollversammlung/FLINTA Konferenz, die Kleiko
106 sowie der
107 Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin, Aktiventreffen und
108 Mitgliederversammlungen der

Grünen Jugend Berlin, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und mindestens fünf Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens drei Frauen, wobei der Anteil an Frauen auszuweisen ist.

109 ...

110 (8) Kandidaturen für Wahlen und Listenaufstellungen sollen mindestens drei Wochen
111 vor der
112 Landesmitgliederversammlung dem Landesvorstand vorliegen und werden durch ihn den
113 **Kreisverbänden, Landesarbeitsgemeinschaften**, innerparteilichen Vereinigungen und
114 Delegierten
115 spätestens zwei Wochen vor der Versammlung zugänglich gemacht. Die
Kreisverbände und die
Wahlversammlungen sollen die Aufstellung der Wahlkreisbewerber*innen der Landes-
und
Bundestagswahl vor der Aufstellung der jeweiligen Landesliste abschließen.

116 ...

117 **§ 14 Die Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans* und agender**
118 **Personen Vollversammlung**

119 ...

120 (7) Anträge müssen drei Wochen vor Tagungstermin dem Landesvorstand vorliegen und
121 werden den
122 Gliederungen, innerparteilichen Vereinigungen und Mitgliedern spätestens zwei
123 Wochen vor
124 Tagungstermin elektronisch zugesandt. Über die Behandlung nicht fristgerecht
125 gestellter
126 Anträge entscheidet die FLINTA Vollversammlung. Anträge zur FLINTA-
Vollversammlung sollen
vorher in den FLINTA-Gruppen der **Kreisverbände, Landesarbeitsgemeinschaften** und
innerparteilichen Vereinigungen diskutiert werden. Gleiches gilt für Vorschläge
zur
Kandidatinnen*aufstellung.

127 ...

128 **§ 21 Der Landesfinanzrat**

129 (1) Der Landesfinanzrat besteht aus den Finanzverantwortlichen der **Kreisverbände**,

130 der
131 innerparteilichen Vereinigungen, der/dem Landesschatzmeister*in sowie zwei
132 Vertreter*innen
133 der Landesarbeitsgemeinschaften, die von den Mitgliedern des LAG Sprecher*innen-
134 Rats
135 mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt werden. Die
136 Finanzverantwortlichen der
Kreisverbände und der innerparteilichen Vereinigungen können durch ein Mitglied
des
jeweiligen Vorstandes im Landesfinanzrat vertreten werden, für die zwei
Vertreter*innen der
Landesarbeitsgemeinschaften können die Mitglieder des LAG-Sprecher*innen-Rats
zwei
Stellvertreter*innen wählen.

137 ...

138 § 22 Der Diversity-Rat

139 ...

140 (2) Der Diversity-Rat besteht aus der*dem Sprecher*in für Vielfalt und
141 Antidiskriminierung
142 des Landesvorstands, den Mitgliedern der Antidiskriminierungsstelle des
143 Landesverbands,
144 einer*m gewählten Vertreter*in des LAG-Sprecher*innen-Rats und den Diversity
145 Beauftragten
der Vorstände der **Kreisverbände** und der innerparteilichen Vereinigungen. Darüber
hinaus kann
der Diversity-Rat vier bis sechs kooptierte Mitglieder aufnehmen, die er für zwei
Jahre
wählt.

146 ...

147 **Abschnitt IV: Verfahrensvorschriften**

148 § 24 Quotierung

149 (1) Alle Organe und Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen, die auf einer
150 Landesmitgliederversammlung, einer Landesdelegiertenkonferenz oder im
151 Landesausschuss
152 gewählt werden, sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen. Diese
Bestimmung gilt

auch für die Wahlen der Delegierten von **Kreisverbänden**.

153 ...

154 § 28 Urabstimmung

155 (1) Die Urabstimmung wird durchgeführt auf Verlangen von:

156 a) der Landesmitgliederversammlung oder der Landesdelegiertenkonferenz,

157 b) des Landesausschusses,

158 c) von mindestens einem Viertel der **Kreisverbände** und innerparteilichen
Vereinigungen,

159 d) von zehn Prozent der Mitglieder.

160 ...

161 (5) Es entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei das
162 Ergebnis bei
163 einer Urabstimmung gemäß Absatz 1 nur bindend ist, wenn sich mindestens ein
164 Drittel der
165 Abstimmungsberechtigten beteiligen. Auf Verlangen von drei **Kreisverbänden** wird
die
Urabstimmung getrennt nach Bezirken ausgezählt. Diese Auszählung hat nur den
Charakter eines
Meinungsbildes.

166 ...

167 ALT

168 Abschnitt I: Aufgabe, Mitgliedschaft und Mitarbeit

169 ...

170 § 8 Ordnungsmaßnahmen

171 ...

172 (2) Ordnungsmaßnahme gegen **Abteilungen, Bezirksgruppen** und innerparteiliche
173 Vereinigungen
ist deren Auflösung.

174 ...

175 **Abschnitt II: Gliederungen und innerparteiliche Vereinigungen**

176 **§ 9 Die Bezirksgruppen**

177 (1) **Eine Bezirksgruppe** hat mindestens drei Mitglieder. **Ihr** Tätigkeitsgebiet
178 umfasst den
179 jeweiligen Bezirk des Landes Berlin. Die **Bezirksgruppen** können weitere
Untergliederungen
bilden.

180 (2) Die **Bezirksgruppen** tragen den Namen „Bündnis 90/Die GRÜNEN Berlin“ zuzüglich
181 des Namens
des Bezirks. Weitere Namensteile sind möglich.

182 (3) Die **Bezirksgruppen** sind in ihrer Tätigkeit grundsätzlich autonom, sofern sie
183 nicht gegen
184 die politischen Grundsätze und Programme von Bündnis 90/Die GRÜNEN verstoßen. Sie
185 können
186 sich für die Regelung ihrer Angelegenheiten eine Satzung sowie eine Wahl- und
Geschäftsordnung geben, sonst gilt die Wahl- und Geschäftsordnung der
Landesmitgliederversammlungen/Landesdelegiertenkonferenzen.

187 (4) Die **Bezirksgruppen** wählen einen Vorstand. Er vertritt **die Bezirksgruppe** nach
188 außen,
189 koordiniert die Arbeit **der Bezirksgruppe** und übernimmt alle anderen **von der**
190 **Bezirksgruppe**
191 übertragenen Aufgaben. Er umfasst mindestens drei Personen. Ein Mitglied des
Vorstandes ist
als Finanzverantwortliche*r zu benennen. Ein Mitglied des Vorstandes wird für die
Beurkundung von Wahlvorschlägen nach den Wahlgesetzen benannt.

192 (5) Die **Bezirksgruppen** tagen als Mitgliederversammlungen, in der Regel mindestens
193 einmal im
194 Monat. Zu den Versammlungen sind die (Probe-)Mitglieder, die freien
195 Mitarbeiter*innen sowie
Amts- und Mandatsträger*innen aus dem Bezirk einzuladen. Beschlüsse werden mit
der Mehrheit
der anwesenden Mitglieder gefasst.

196 (6) **Die Bezirksgruppe** entscheidet insbesondere über

197 a) die den Bezirk betreffenden politischen Fragen,

198 b) **ihre** politischen Aktivitäten im Bezirk,

199 c) Beschlussanträge an die Organe des Landesverbandes und die Gremien des
Bundesverbandes,

200 d) Verlangen nach Einberufung einer Landesmitgliederversammlung,
201 Landesdelegiertenkonferenz,
Bundesdelegiertenkonferenz oder Durchführung einer Urabstimmung,

202 e) den Haushalt **der Bezirksgruppe**,

203 f) die Aufstellung von Kandidat*innen für die Wahl zur BVV und die Aufstellung
204 von
205 Direktkandidat*innen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus und zum Deutschen
Bundestag
entsprechend den gesetzlichen Regelungen.

206 (7) Die **Bezirksgruppen** wählen Delegierte für die Landesdelegiertenkonferenz, die
207 Wahlversammlung, die FLINTA-Konferenz und den Landesausschuss. **Sie wählen**
208 **Delegierte für die**
209 **Bundesdelegiertenkonferenz, wobei sie eine angemessene Vertretung der Abteilungen**
berücksichtigen sollen.

210 ...

211 § 10 **Abteilungen und Landesarbeitsgemeinschaften**

212 (1) **Abteilungen bestehen aus einer oder aus einem Zusammenschluss mehrerer**
213 **thematisch**
214 **verwandter Landesarbeitsgemeinschaften, die von der Landesmitgliederversammlung,**
215 **der**
216 **Landesdelegiertenkonferenz oder vom Landesausschuss als Abteilung anerkannt**
sind. In einer
Abteilung müssen mindestens 15 Mitglieder ihr Stimmrecht eingetragen haben. Die
Mitgliederzahl ist jährlich zum Stichtag 1. November zu überprüfen.

217 (2) Landesarbeitsgemeinschaften sind Arbeitsgruppen mit mindestens drei
218 Mitgliedern, die von
219 der Landesmitgliederversammlung, der Landesdelegiertenkonferenz oder vom

220 Landesausschuss als
221 Landesarbeitsgemeinschaft anerkannt werden.**Eine Landesarbeitsgemeinschaft kann**
222 **einer**
Abteilung angehören oder als solche anerkannt werden.Eine Arbeitsgruppe oder
Landesarbeitsgemeinschaft, die nicht einer Abteilung angehört, kann politische
und
finanzielle Unterstützung vom Landesverband erhalten.

223 (3) **Abteilungen und** Landesarbeitsgemeinschaften wählen Sprecher*innen. Sie
224 vertreten die
225 **Abteilung bzw.**Landesarbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei, koordinieren die
226 Arbeit und
übernehmen alle anderen von der **Abteilung bzw.** Landesarbeitsgemeinschaft
übertragenen
Aufgaben.

227 ...

228 (6) **Abteilungen und** Landesarbeitsgemeinschaften sind in ihrer Tätigkeit
229 grundsätzlich
230 autonom, sofern sie nicht gegen Grundsatzbeschlüsse (Grundkonsens, Satzung) des
231 Landes- oder
232 Bundesverbandes verstoßen. Sie beschließen insbesondere über die ihr Politikfeld
233 betreffenden politischen Fragen und Aktivitäten. Sie beraten in ihrem politischen
234 Arbeitsfeld den Landesverband, die Bezirke und die Abgeordnetenhausfraktion und
235 leisten
236 ihren Beitrag zum gemeinsamen Wahlprogramm und beschließen über ihre daraus
237 abgeleiteten
238 **Abteilungs- und** Landesarbeitsgemeinschaftswahlprogramme. Die **Abteilungen und**
Landesarbeitsgemeinschaften beschließen über Beschlussanträge an die Organe des
Landesverbandes und des Bundesverbandes. **Abteilungen und**
Landesarbeitsgemeinschaften können
Wahlempfehlungen für Kandidat*innen zu Wahlen zum Abgeordnetenhaus, zum Bundestag
und zum
Kongress der Europäischen Grünen Partei im Sinne einer Empfehlung (Votum)
aussprechen.

239 (7) **Die Abteilungen wählen Delegierte für die Landesdelegiertenkonferenz, die**
240 **FLINTA**
241 **Konferenz und den Landesausschuss. Zu den Versammlungen, bei denen Delegierte**
242 **oder**
243 **stellvertretende Delegierte gewählt werden sollen, ist unter Angabe der**
244 **Tagesordnung**
245 **schriftlich mit einer Frist von zehn Tagen einzuladen. Die Einladungen erfolgen**
246 **in der Regel**

per E-Mail. Bei vorheriger Erklärung eines Mitglieds in Textform muss eine Einladung in Papierform zugestellt werden. Maßgeblich für eine ordnungsgemäße Versendung beider Arten der Einladung ist die letzte dem Landesverband bekannte oder mitgeteilte Anschrift bzw. E-Mail-Adresse.

247 (8) Die Landesarbeitsgemeinschaften wählen Delegierte und Ersatzdelegierte für
248 die jeweilige
249 Bundesarbeitsgemeinschaft, die gemäß dem Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften
vom
Landesvorstand bestätigt werden müssen.

250 (9) **Abteilungen und** Landesarbeitsgemeinschaften beschließen mit einfacher Mehrheit
251 der
252 anwesenden Mitglieder. Die Termine der Versammlungen sind in geeigneter Form zu
veröffentlichen.

253 § 11 Innerparteiliche Vereinigungen

254 ...

255 (5) Innerparteiliche Vereinigungen haben entsprechend den **Bezirksgruppender**
256 Partei Programm-
, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie.

257 ...

258 Abschnitt III: Organe

259 ...

260 § 13 Die Landesmitgliederversammlung

261 ...

262 (2) Die Landesmitgliederversammlung wird auf Verlangen

263 a) der Landesdelegiertenkonferenz,

264 b) des Landesausschusses,

265 c) eines Viertels der **Bezirksgruppen, Abteilungen** und innerparteilichen
Vereinigungen,

266 d) 10% der Mitglieder oder

267 e) auf Beschluss des Landesvorstandes einberufen.

268 ...

269 (5) Anträge müssen dem Landesvorstand fünf Wochen vor der
270 Landesmitgliederversammlung
271 vorliegen und werden durch ihn den **Bezirksgruppen, Abteilungen**, innerparteilichen
272 Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht. Änderungsanträge müssen zehn
273 Tage vor der
274 LMV vorliegen und werden den **Bezirksgruppen, Abteilungen**, innerparteilichen
Vereinigungen
und Delegierten frühestmöglich zugänglich gemacht. Über die Behandlung nicht
fristgerecht
gestellter Anträge und Änderungsanträge entscheidet die
Landesmitgliederversammlung.

275 Für den Antrag zur Erstellung des Wahlprogramms und Anträge zur Änderung der
276 Satzung gelten
277 abweichende Fristen. Der Antrag über das Wahlprogramm muss dem Landesvorstand
278 neun Wochen
279 vor der LMV vorliegen und wird durch ihn den **Bezirksgruppen,**
280 **Abteilungen**, innerparteilichen
281 Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht. Änderungsanträge an dem Antrag
282 über das
283 Wahlprogramm müssen dem Landesvorstand vier Wochen vor der LMV vorliegen und
werden durch
ihn den **Bezirksgruppen, Abteilungen**, innerparteilichen Vereinigungen und
Delegierten
frühestmöglich zugänglich gemacht. Anträge zur Änderung der Satzung müssen dem
Landesvorstand zehn Wochen vor der LMV vorliegen, den Gliederungen durch ihn acht
Wochen vor
der LMV zugänglich gemacht und auf mindestens einem Landesausschuss besprochen
werden.

284 (6) Antragsberechtigt sind **Kreisverbände**, Landesarbeitsgemeinschaften, der
285 Landesvorstand,
286 der Landesausschuss, die FLINTA-Vollversammlung/FLINTA Konferenz, die Kleiko
287 sowie der
288 Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin, Aktiventreffen und
289 Mitgliederversammlungen der

Grünen Jugend Berlin, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und mindestens fünf Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens drei Frauen, wobei der Anteil an Frauen auszuweisen ist.

290 ...

291 (8) Kandidaturen für Wahlen und Listenaufstellungen sollen mindestens drei Wochen
292 vor der
293 Landesmitgliederversammlung dem Landesvorstand vorliegen und werden durch ihn
294 den **Bezirksgruppen, Abteilungen**, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten
295 spätestens
296 zwei Wochen vor der Versammlung zugänglich gemacht. Die **Bezirksgruppen** und die
Wahlversammlungen sollen die Aufstellung der Wahlkreisbewerber*innen der Landes-
und
Bundestagswahl vor der Aufstellung der jeweiligen Landesliste abschließen.

297 ...

298 **§ 14 Die Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans* und agender** 299 **Personen Vollversammlung**

300 ...

301 (7) Anträge müssen drei Wochen vor Tagungstermin dem Landesvorstand vorliegen und
302 werden den
303 Gliederungen, innerparteilichen Vereinigungen und Mitgliedern spätestens zwei
304 Wochen vor
305 Tagungstermin elektronisch zugesandt. Über die Behandlung nicht fristgerecht
306 gestellter
Anträge entscheidet die FLINTA Vollversammlung. Anträge zur FLINTA-
Vollversammlung sollen
vorher in den FLINTA-Gruppen der **Bezirksgruppen, Abteilungen** und
innerparteilichen
Vereinigungen diskutiert werden. Gleiches gilt für Vorschläge zur
Kandidatinnen*aufstellung.

307 ...

308 **§ 21 Der Landesfinanzrat**

309 (1) Der Landesfinanzrat besteht aus den Finanzverantwortlichen der
310 **Bezirksgruppen**, der

311 innerparteilichen Vereinigungen, der/dem Landesschatzmeister*in sowie zwei
312 Vertreter*innen
313 der Landesarbeitsgemeinschaften, die von den Mitgliedern des LAG Sprecher*innen-
314 Rats
315 mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt werden. Die
316 Finanzverantwortlichen der
Bezirksgruppen und der innerparteilichen Vereinigungen können durch ein Mitglied
des
jeweiligen Vorstandes im Landesfinanzrat vertreten werden, für die zwei
Vertreter*innen der
Landesarbeitsgemeinschaften können die Mitglieder des LAG-Sprecher*innen-Rats
zwei
Stellvertreter*innen wählen.

317 ...

318 § 22 Der Diversity-Rat

319 ...

320 (2) Der Diversity-Rat besteht aus der*dem Sprecher*in für Vielfalt und
321 Antidiskriminierung
322 des Landesvorstands, den Mitgliedern der Antidiskriminierungsstelle des
323 Landesverbands,
324 einer*m gewählten Vertreter*in des LAG-Sprecher*innen-Rats und den Diversity
325 Beauftragten
der Vorstände der **Bezirksgruppen** und der innerparteilichen Vereinigungen. Darüber
hinaus kann
der Diversity-Rat vier bis sechs kooptierte Mitglieder aufnehmen, die er für zwei
Jahre
wählt.

326 ...

327 **Abschnitt IV: Verfahrensvorschriften**

328 § 24 Quotierung

329 (1) Alle Organe und Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen, die auf einer
330 Landesmitgliederversammlung, einer Landesdelegiertenkonferenz oder im
331 Landesausschuss
332 gewählt werden, sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen. Diese
333 Bestimmung gilt
auch für die Wahlen der Delegierten von **Bezirksgruppen und Abteilungen, mit**

*Ausnahme der
Abteilungen, die sich mit gleichgeschlechtlichen Lebensweisen beschäftigen.*

334 ...

335 § 28 Urabstimmung

336 (1) Die Urabstimmung wird durchgeführt auf Verlangen von:

337 a) der Landesmitgliederversammlung oder der Landesdelegiertenkonferenz,

338 b) des Landesausschusses,

339 c) von mindestens einem Viertel der **Bezirksgruppen, Abteilungen** und
340 innerparteilichen
Vereinigungen,

341 d) von zehn Prozent der Mitglieder.

342 ...

343 (5) Es entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei das
344 Ergebnis bei
345 einer Urabstimmung gemäß Absatz 1 nur bindend ist, wenn sich mindestens ein
346 Drittel der
347 Abstimmungsberechtigten beteiligen. Auf Verlangen von drei **Bezirksgruppen** wird die
Urabstimmung getrennt nach Bezirken ausgezählt. Diese Auszählung hat nur den
Charakter eines
Meinungsbildes.

Begründung

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände

nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitagen ist mit dem Parteiengesetz konform.

In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:<https://wolke.netzbegruenung.de/s/6djfbMmWyPmoZYE>